

...ung ist für den ...
...abnehmer den ...
...dient; die Barzahlung ...
...büchse fällt weg; ...
...um Selbstkostenpreis ...
...kostenförmig selbst ...
...beliebige Postsendungen ...
...in Genossenschaften ...
...nstitut des Reichsverbandes ...
...Genossenschaften waren ...
...Zentralgenossenschaften ...
...32 Bezugs- und Absatz ...
...schaften, 10 610 ...
...11 landwirtschaftliche ...
...Monaten im landwirtschaftlichen ...
...ung getreide kleine ...
...nt Februar nahezu ...
...em Stande vom 1. Februar ...
...sten zeigt der Ausweis ...
...nur eine Verminderung ...
...schaften. In den ...
...lung teilweise die ...
...schaften bringen ...
...weisen damit die ...
...ing der deutschen ...
...bgenossenschaften über ...
...war stehen 16 ...
...über. Umgeschlagen ...
...haltung bei den Spar- ...
...Mängeln im ...
...Zugänge mit 27 gegen ...
...haben. Auch bei den ...
...tiven Zugängen eine ...
...was in der ...
...im Gebiet der ...
...schaften zurückzuführen ...
...lehrer. Wie der ...
...ungen des Preussischen ...
...vintzialschulkollegen ...
...t gemacht, bei der ...
...r der neueren ...
...Kosten einer ...
...nischen Verhältnisse der ...
...Gefühle dieser ...
...Minister vorgelegten ...
...henden Mittel können ...
...schwache Studienreisen ...
...werden.
...eburg erschöpf ...
...schon und dann ...
...he sollen der Grund ...
...ernent verhaftet. Die ...
...nd auf Beschluß des ...
...berichts erneut ...
...Barmat haben gegen ...
...ten bei dem ...
...oben. Sie weisen ...
...der Brüder Barmat ...
...se ergeben habe, was ...
...der.

**putzt
und reinigt
alles!**

gebeten, größere ...
Erscheinen des Blattes ...
Die Redaktion ...
...seltsamen Bild ...
...erhelfen und werde ...
...wiederholt sie entäu ...
...ab!"
...jeder Blutstropfen ...
...achlos flart sie ihm ...
...elb!" wiederholt er ...
...me, während seine ...
...auf ihrem tief ...
...bin Ihrer nicht ...
...wegen, Elowalen und ...
...zu Ihnen ist das ...
...an, da ich Sie ...
...dich auf den ...
...guter Engel sein ...
...werde ein ...
...Sie sich nicht ...
...Sie meine Liebe ...
...ht er vollste Wahr ...
...nem Leben. Alles ...
...außer der Liebe ...
...mit jeder Faser ...
...ersucht, diesen ...
...in Lavaström ...
...Edward, vom ...
...aber bestimmt: ...
...nicht, Herr ...
...Wort verleiht ...
...Aber Ihr ...
...mal einen Mann ...
...igt.)

Hochheimer Stadtanzeiger

Amtesliches Organ

Ersteint: Dienstags, Donnerstags, Samstags (mit illust. Beilage) Druck u. Verlag, verantwortliche Schriftleitung: Heinrich Dreßbach, Hirschheim Telefon 59, Geschäftsstelle in Hochheim: Rastheimstr. 25, Telefon 57.

Anzeigen: kosten die 6-gespaltenen Colonnenzeile oder deren Raum 12 Pfennig, auswärts 15 Pfg., Kellern die 6-gespaltenen Colonnenzeile 30 Pfg., Bezugspreis monatlich 1.— RM. Postfachkonto 168 67 Frankfurt am Main.



1. Stadt Hochheim

Nummer 28. Dienstag, den 16. März 1926 3. Jahrgang

Neues vom Tage.

Im Besonderen des früheren Reichslandtags Abgeordneten Heidenreich eine Aenderung bisher nicht eingetreten. Der Zustand des Reichs ist nach wie vor ernst, gibt aber gegenwärtig zu ernstlicher Sorge keine Veranlassung. Die Regierungsaufnahme ist ernst. Der Staat ist bei klarem Bewusstsein.

Im Reichstag haben außer den Deutschen Nationalen nun auch die Kommunisten einen Antrag auf Entlassung gegen den Reichsminister des Innern Dr. Brüning eingebracht.

Die in London eintreffenden Nachrichten, die darauf abzielen, daß der Reichsminister des Innern Dr. Brüning einen Antrag auf Entlassung gegen den Reichsminister des Innern Dr. Brüning eingebracht.

Die in London eintreffenden Nachrichten, die darauf abzielen, daß der Reichsminister des Innern Dr. Brüning einen Antrag auf Entlassung gegen den Reichsminister des Innern Dr. Brüning eingebracht.

Der deutsche Standpunkt.

Ein Interview Dr. Brüning.

Reichsminister Dr. Brüning hat verschiedenen ausländischen Pressevertretern ein Interview gewährt, in dem er eingehend den Standpunkt der deutschen Delegation in der Ratstagung darlegte. Deutschland ist nach Genf gekommen, um durch seinen Eintritt in den Völkerbund das Werk von Locarno endgültig zu verwirklichen. Hier in Genf sind die deutschen Delegierten zu Besprechungen mit den Signatarmächten des Rheinpaktes eingeladen worden, wobei zum Ausdruck kam, daß es erwünscht wäre, wenn Deutschland vor seinem Eintritt in den Bund seine grundsätzliche Zustimmung erkläre zur Schaffung von drei neuen ständigen Ratsitzen außer dem für Deutschland vorgesehenen.

Die deutsche Delegation hat schließlich darauf hingewiesen, daß bekanntlich innerhalb des Rates grundsätzliche Gegnerschaft gegen eine Erweiterung in dem vorgeschlagenen Sinn bestehe und daß Deutschland durch eine Stellungnahme zu dieser Frage vor seinem Eintritt in den Völkerbund das Gewicht dieser Auflösung nicht abschwächen wolle. Im Verlaufe der weiteren Unterhaltung ist die Frage der Schaffung von drei neuen ständigen Ratsitzen in den Hintergrund getreten. Deutschland wurde aufgefordert, der Schaffung eines nichtständigen Ratsitzes für Polen zuzustimmen. Auch hierzu hat sich die deutsche Delegation unter Aufrechterhaltung ihres grundsätzlichen Standpunktes ebenfalls außer Stande gesehen.

Amerika für Deutschland.

Die Reichsregierung hat sich geäußert.

Die New Yorker Zeitungen betonen besonders die Aussprüche Chamberlains und Briand, aus denen geschlossen werden könne, daß die beiden Staatsmänner entschlossen seien, Deutschland die Schuld zuzuschreiben, falls in Genf keine Einigung erzielt werden sollte.

Die Zeitungen unterstreichen jedoch ausnahmslos auf das Nachdrücklichste, Deutschland habe völlig fair gehandelt und Chamberlain und Briand könnten unmöglich die Schuld auf Deutschland abwälzen. Nicht Deutschland, sondern andere Staaten hätten dafür gesorgt, daß die Vereinbarungen von Locarno auf ein anderes Gleis gehoben worden seien; denn nach den Abmachungen in Locarno hätte in Genf durch Deutschlands sofortige und alleinige Aufnahme in den Völkerbund der Schlupfwinkel hinter die Verträge gestrichen werden müssen.

Der Korrespondent des „New York Herald“ meint, niemals seit dem Weltkriege habe Europas nationaler Egoismus solche Organe gefeiert wie jetzt in Genf. Sämtliche Pressekommentare lassen keinen Zweifel darüber, daß die amerikanische öffentliche Meinung Deutschlands Meinung für völlig richtig hält, falls die Genfer Verhandlungen ergebnislos verlaufen sollten.

Neuorganisation des Völkerbundes.

Vor seiner Abreise nach Genf hat der englische Außenminister Chamberlain in einer langen Rede sich dahin ausgesprochen, daß der Völkerbund einer Neuorganisation bedürfe. Sein Ziel sei es, nicht durch Gewaltmittel, sondern durch moralischen Einfluß auf seine Mitglieder einzuwirken, um die Streitigkeiten unter denselben zu beilegen. Diesen Gedanken hat 1919 schon der Präsident Wilson, der Begründer des Bundes, gehabt, indessen hat sich stets erwiesen, daß die Interessen der einzelnen Staaten mächtiger waren, als moralischen Tendenzen. Da war es ganz außer Frage, daß nach den Ergebnissen der Volksabstimmung in Oberschlesien das ganze Gebiet zu Deutschland gehörte, aber trotzdem wurde vom Völkerbund das wertvolle Natowitzer Revier zu Polen geschlagen.

Der jetzige Streit um die Ratsitze, der Wochen lang andauert hat, ist ein Gegenstand zu den oberflächlichen Händeln, die hier haben die Sonderinteressen im Vordergrund. Und wie in Oberschlesien ist jetzt Polen der treibende Faktor gewesen, der die Streitigkeiten zur vollen Höhe gebracht hat. Frankreich hat dem verbündeten Polen zur Seite gestanden, und ohne seine Hilfe hätten diese Auseinandersetzungen die lange Dauer gewinnen können. Dieser Bestand war ein Machtmittel, welches Chamberlain durch moralischen Einfluß zu beseitigen wünscht. Daß das nicht ohne weiteres gelingt, zeigt der bekannte Verlauf dieser Vorgänge. Es müßte ein Tribunal sprechen, welches nach den Geboten des Rechts entscheidet. Denn Moral und Recht sind nun einmal untrennbar verbunden.

Stresemann über die Lage.

„Man läßt uns warten.“

Der deutsche Reichsaußenminister Dr. Stresemann erklärte dem Vertreter des „Deut.“ in Genf folgendes: Man hat uns aufgefordert, in den Völkerbund einzutreten, damit das Abkommen von Locarno in Kraft treten könne. Wir sind nach Genf gekommen.

Zeit Montag läßt man uns warten. Es wird hier viel weniger von der Zulassung Deutschlands gesprochen als von der Polen, Brasilien und Spanien zum Völkerbund. Warum zerrt man uns denn, da wir noch nicht Mitglied des Völkerbundes sind, in diese Debatte? Der Völkerbund möge über uns Beschlüsse fassen. Aber man sieht ja, daß er ohnmächtig ist, dies in einer Krise, die er durchmacht, zu tun, da er nicht die erforderliche Einstimmigkeit erzielen kann. Nicht wir legen ein Veto im Völkerbundrat ein. Dies ist schon dadurch ausgeschlossen, daß wir ja noch gar keinen Sitz im Rat haben. Schweden legt dagegen sein Veto ein.

Wenn man uns von vornherein binden will durch eine Verpflichtung für eine Zeit, da wir im Völkerbundrat sitzen, so möchte ich fragen, warum man uns diese Bedingungen stellt. Wir sind bereit, die Umbildung des Völkerbundes ohne Feindseligkeit gegen irgend jemand zu studieren und an der Frage auch unfernerer mitzuarbeiten. Das haben wir erklärt und haben es schriftlich vorgeschlagen. Aber man fordert nicht, daß wir uns ohne vorherige Prüfung äußern. Man möge uns aufnehmen, da ja die außerordentliche Völkerbundversammlung nur zu diesem Zwecke einberufen worden ist.

Die Befähigungsarmee.

Beratungen über eine Herabsetzung.

Wie das „Petit Journal“ mitteilt, wird in französischen Militärkreisen die Frage einer Herabsetzung der Mannstärke der Rheinarmee entsprechend dem Abkommen von Locarno erörtert. Die Einheiten, die zunächst nach Frankfurt zurückgeschickt werden, werden wahrscheinlich die Wehr Jäger, das 21. und 26. Infanterieregiment, der Generalstab und die Artillerie der 4. Division sein. Weiter soll der Generalstab eines Armeekorps aufgelöst werden. Der Generalstab der Armee und die ihm unterstellenden Dienststellen sollen in der Zone von Wehr, Jorkbach und Bist untergebracht werden, der Generalstab des 6. Armeekorps in Chälön. Das „Petit Journal“ glaubt, daß eine baldige Entscheidung über dieses Projekt, das bereits seit einiger Zeit geprüft wird, in Aussicht steht.

Soziale Steuererhebung.

Eine Rundgebung freireichlich-nationaler Arbeiter.

In Berlin begann der dritte freireichlich-nationale Gewerkschaftskongress des Gewerkschaftsbundes deutscher Arbeiter, Angestellten und Beamtenverbände mit einer großen Kundgebung, bei der u. a. der preussische Handelsminister Dr. Schreiber, der Präsident des Reichswirtschaftsrats Leppert und Ministerialdirektor Dr. Ritter in Vertretung des Reichsarbeitsministers antwortend waren.

Der Reichstagsabgeordnete Gustav Schneider übte in seinem Referat über „Soziale Steuererhebung“ Kritik an dem Anwachsen der indirekten Steuern. Die größten Einnahmen des Staates kämen jetzt aus indirekten und Lohnsteuern. In dem neuen Steuerprogramm, in dem auch eine andere Veranlagung der Vermögenssteuer vorgeschlagen sei, sei die Lohnsteuer für die unteren Lohnstufen bis zu 4000 Mark noch zu hoch. Die Umsatzsteuer müßte überhaupst beseitigt werden.

Politische Tageschau.

Die Gewerkschaften zur Urteilsbegründung im Reichsbahnprozess.

Der Einheitsverband der Eisenbahner Deutschlands versucht in seiner Stellungnahme zu dem Urteil, durch das die Anklage der Gewerkschaften gegen die Reichsbahn-Gesellschaft abgelehnt wurde, die wesentlichen Punkte der Urteilsbegründung zu widerlegen. Das Gericht habe außer acht gelassen, daß nach dem Reichsbahngesetz die durch die Verbindlichkeitsklärung zustandgekommene Zwangsvereinbarung eingeklossen sei. Wenn die völlige Unabhängigkeit der Reichsbahn-Gesellschaft in ihrer Lohnpolitik anerkannt werde, würde letzten Endes das gesamte Tarifvertragsrecht bei der Reichsbahn in Frage gestellt werden. Der Erklärung, daß das ordentliche Gericht in dieser Sache allein zuständig sei, sei zuzustimmen.

Stresemann über die Lage.

„Man läßt uns warten.“

Der deutsche Reichsaußenminister Dr. Stresemann erklärte dem Vertreter des „Deut.“ in Genf folgendes: Man hat uns aufgefordert, in den Völkerbund einzutreten, damit das Abkommen von Locarno in Kraft treten könne. Wir sind nach Genf gekommen.

Zeit Montag läßt man uns warten. Es wird hier viel weniger von der Zulassung Deutschlands gesprochen als von der Polen, Brasilien und Spanien zum Völkerbund. Warum zerrt man uns denn, da wir noch nicht Mitglied des Völkerbundes sind, in diese Debatte? Der Völkerbund möge über uns Beschlüsse fassen. Aber man sieht ja, daß er ohnmächtig ist, dies in einer Krise, die er durchmacht, zu tun, da er nicht die erforderliche Einstimmigkeit erzielen kann. Nicht wir legen ein Veto im Völkerbundrat ein. Dies ist schon dadurch ausgeschlossen, daß wir ja noch gar keinen Sitz im Rat haben. Schweden legt dagegen sein Veto ein.

Wenn man uns von vornherein binden will durch eine Verpflichtung für eine Zeit, da wir im Völkerbundrat sitzen, so möchte ich fragen, warum man uns diese Bedingungen stellt. Wir sind bereit, die Umbildung des Völkerbundes ohne Feindseligkeit gegen irgend jemand zu studieren und an der Frage auch unfernerer mitzuarbeiten. Das haben wir erklärt und haben es schriftlich vorgeschlagen. Aber man fordert nicht, daß wir uns ohne vorherige Prüfung äußern. Man möge uns aufnehmen, da ja die außerordentliche Völkerbundversammlung nur zu diesem Zwecke einberufen worden ist.

Einladung zur Protestversammlung!

Einladung zur Protestversammlung!

An alle Einwohner von Hochheim und Umgebung!

Gegen die Wein- u. Sektsteuer usw.

Donnerstag, den 18. März d. Js. abends 8 Uhr im Saale des »Kaiserhof« in Hochheim

Rheingauer Weinbauverein, Ortsgruppe Hochheim

Näheres auf den Plakatanschlägen.

Näheres auf den Plakatanschlägen.

Die Not der Winger.

Die Forderungen der pfälzischen Organisationen.

Die pfälzischen Wingerorganisationen hatten sich entschlossen, von einer öffentlichen Demonstration abzusehen. Da gegen trafen sie sich zur gemeinsamen Besprechung aller schwebenden Fragen. In der Versammlung waren neben einer großen Anzahl Beauftragter Vertreter der pfälzischen Wingerorganisationen erschienen. Nach einer Aussprache fasste man einstimmig die nachfolgende Entschliessung, in der es u. a. heißt: „Viele tausende Existenzen stehen vor dem Zusammenbruch. Die Mittel, über welche der pfälzische Weinbau verfügt, sind um mehrere Millionen geringer als das, was er zur Bestreitung der dringendsten Sachaufwendungen braucht. Raumtendenzen erheben wir gegen die Einführung des Gemeindebesteuern und fordern sofortige Aufhebung der Gemeindegeldsteuer. Schon einmal wurden wir der Handelspolitik des Reiches geopfert. Wir fordern stürmisch, daß in kommenden Handelsverträgen die mit Italien vereinbarten Sätze um einen Pfennig vermindert werden. Die meisten Winger sind nicht in der Lage, Steuern vor der nächsten Ernte aufzubringen. Wir verlangen Erlass oder mindestens Stundung im nächsten Ansatze und

Erklärung des Weinbaugebietes als Notstandgebiet.

Die doppelte Erhebung der Umsatzsteuer muß im Interesse der Wingerorganisationen sofort aufgehoben werden. An dem bewährten Beingehe von 1909 ist unter allen Umständen festzuhalten. Die Weinkontrolle ist besonders auch in den Nichtweinbaugebieten ganz unzureichend. Sie muß in diesen Gebieten mit gleicher Gewissenhaftigkeit und Schärfe durchgeführt werden, wie in der Produktion, damit der Konsumt endlich

die Sicherheit hat, unter gutem deutschen Namen auch einen guten und reinen deutschen Wein zu erhalten. Minister Marx sagte, daß in keinem Berufe die Not so groß sei, wie im Weinbau. Wir verlangen stürmisch, daß dieser Einsicht strengstens und gründlich die Tat folgt. Wir sprechen auch unseren Brüdern an Rhein und Mosel unsere Sympathie aus.“

Unterstützungsmassnahmen.

Der Oberpräsident der Rheinprovinz teilt mit, daß ihm aus den Erträgen der Weinsteuer 1,6 Millionen überwiesen worden sind mit der Bestimmung, hieraus den rheinischen Winger bis zu 8000 Stod bzw. Quadratmeter Weinbaubetrieb sofort Kredite zur Verfügung zu stellen. Mit Rücksicht auf die Hochwasserschäden sollen an die Winger an Mosel, Saar und Ruwer je 100 Stod bzw. Quadratmeter Weinbaubetrieb 25 Mk. und in den übrigen Weinbaugebieten 15 Mk. je 100 Stod bzw. Quadratmeter Weinberg ausgeschüttet werden. Die hiernach auf die Winger bis zu 8000 Stod bzw. Quadratmeter anteilmäßig entfallenden Kredite werden lediglich gegen Hinterlegung eines einfachen Schuldscheins zinsfrei langfristig und ohne jede Nebenkosten gewährt.

Für den deutschen Weinbau.

Der Oberpräsident der Rheinprovinz, Dr. Fuchs, erläßt eine Rundgebung, in der es u. a. heißt:

„Wie ein schwerer Alpdruck liegt die Not des Wingerlandes über den Tälern des Rheins und seiner Nebenflüsse, Mosel mit Saar und Ruwer, Nahe und Rhur, und hemmt alle Arbeitsfreudigkeit und allen Lebensmut in diesem sonst so lebensfrohen Gebiet. In erschreckendem Maße hat

der Konsum ausländischer Weine

zugunommen. Außerdem sind die Keller unserer deutschen

Winger überfüllt mit Wein und in der Abfuhr im Ausland und in den Städten geraten. Es ist nicht weiter geben. Helfen Sie mit, den Verbrauch an solcher Weine einzudämmen.

Gleichzeitig müssen alle Massnahmen ergriffen werden, den Konsumanten den deutschen Wein zu einem erschwinglichen Preise zuzuführen. Jetzt besteht zwischen dem Konsumpreis und dem Produzentenpreis ein erhebliches Mißverhältnis, das mit der 10prozentigen Weinststeuer und der Versteuerung allein keineswegs zu begründen ist.

Die Weinststeuer muß fallen.

Aber mit der Weinststeuer muß auch die unnatürliche Kluft zwischen dem Konsumentenpreis und dem Produzentenpreis verschwinden. Kleiner Nutzen bringt großen Umsatz und durch reichlichen Gewinn. Wenn in jeder deutschen Wein- zu ertragreichen Preisen wieder Rhein- und Moselweine trinken werden können, wird in Folge der Absatzsteigerung und damit die Notlage des Wingerlandes behoben. Helfen Sie mit, dieses Ziel zu erreichen.

Das Handwerk zur Einführung des Registrierrechts. Der Zentralverband des deutschen Großhandels hat eine Denkschrift an den Reichsjustizminister, die dem Reichs-Handelsrecht beizugeben und einen entsprechenden Entwurf bereits ausgearbeitet. Das deutsche Handwerk ist an dieser Frage als Kreditgeber und als Kreditnehmer interessiert, wie wir durch die Presse erfahren. Der Reichsverband des deutschen Handwerks erfahren, daß es ein Schlag, da er geeignet ist, die Kreditrisiko einer Erleichterung zu gewähren.

Todes-Anzeige.
Gott dem Allmächtigen hat es gefallen, unsere liebe, gute Mutter, Schwiegermutter, Großmutter und Tante, Frau
Katharina Stein Wwe.
geb. Ramin
gestern Nachmittag 4 Uhr nach kurzem Krankenlager im 66. Lebensjahre zu sich in die Ewigkeit abzurufen.
Die trauernden Hinterbliebenen.
Hochheim, Schierstein,
Mailand, den 15. März 1926.
Die Beerdigung findet Mittwoch um 12 Uhr statt.

Danksagung.
Für die uns erwiesene Teilnahme bei dem Tode unserer lieben Mutter, Frau
Charlotte Gockell
geb. Worst
sagen wir Allen herzlichsten Dank.
Im Namen der trauernden Hinterbliebenen:
Familie Fritz Hardiek.
Hochheim, den 15. März 1926.

Baumstück 80 Ruten
" " 18 Morgen
zu verkaufen. Näheres bei Staab, Eichgasse 11.

Henko
macht hartes Wasser weich!
Hartes Wasser verleiht das Waschen. Henko Wasser entfernt Wasserhärte u. Seifenbildung. Hartes Wasser verursacht die lästigen Kalkflecken. Geben Sie vor Bereitung der Saube einige Handvoll Henko Bleich-Soda in den Waschbottel, dann haben Sie das schönste weiche Wasser.

Bestellungen auf
Saatkartoffeln
Österreichische Industrie zum Preise von 4.50 bis 4.75 Mk. nimmt entgegen
Adam Horneck, Florheimerstraße.
Für die zahlreichen Geschenke und Glückwünsche zu unserer Vermählung
danken herzlich.
Ernst Tundt und Frau
geb. Großmann

Bis zum 27. März 1926 abzugebende
Umsatz- und Einkommensteuer-Erklärungen
werden nachgem. ausgeführt durch
Schreibstube Remmich.

Versteigerung.
Donnerstag, den 18. März 1926, vormittags 10 Uhr
Stadtwalde, Distrikt: „Münzberg“ versteigert
1. 115 Rmhr. Buchen-Knüttelholz,
2. 4900 Buchen-Plenterwellen.
Das Holz lagert an guter Abfuhr.
Zusammenkunft: Vormittags 10.30 Uhr Endstation
elektrischen Bahn „Unter den Eichen“.
Wiesbaden, den 13. März 1926.
Der Magistrat,
Verwaltung für Landwirtschaft, Weinberge und Jagd.

Stellenvermittlung
für alle besseren weiblichen Berufsarten in Haus, Familie u. Schule (auch für männl. Berufe).
Die Anzeigenannahme für das bekannte Familienblatt
Daheim
das über ganz Deutschland und angrenzende Gebiete stark verbreitet ist und Angebot und Nachfrage rasch und sicher zusammenführt, befindet sich in der Geschäftsstelle unseres Blattes.
Das Publikum hat nur nötig, die Stellen-Anzeigen (Angebote und Gesuche) Penhons-Anzeigen und Gesuche usw. bei uns abzugeben und die Gebühren (kein Aufschlag) zu entrichten. Die Expedition erfolgt prompt und vertraulich, ohne Spesen für den Besteller, dem wir damit jede weitere Mühewaltung abnehmen.
Die Anzeigenpreise im Daheim sind im Vergleich zur großen Auflage niedrig und betragen gegenwärtig für die einseitige Druckseite (7 Spalten) für Stellen-Angebote 80 Pfg., Stellen-Gesuche 60 Pfg., übrige kleine Anzeigen 10 Pfg.
Wir empfehlen, die Anzeigen möglichst frühzeitig aufzugeben.
Die Geschäftsstelle:
Verlag S. Dreisbach, Florshheim
Ein möbliertes
Zimmer
mit oder ohne Pension zu vermieten. Näheres: Rathenheimerstraße Nr. 25.
Agenten
Sucht für erstklass. Holz- u. Metallarbeiten, Gardinen, Vorhänge, Teppiche, etc. Näheres: Rathenheimerstraße Nr. 25.
la Eidersfeld
9 Pfd. M. 8. — Franz Dampfsäbelfabrik, Remmich

Sämtliche Bücher
Einzelbände u. ganze Werke zu Originalpreisen größeren Aufträgen
die Buchhandlung
S. Dreisbach, Florshheim
Rathenheimerstr. 6, Telefon
Vorhänge
werden gewaschen u. gestrichen. Näheres: Rathenheimerstraße Nr. 25.
Agenten
Sucht für erstklass. Holz- u. Metallarbeiten, Gardinen, Vorhänge, Teppiche, etc. Näheres: Rathenheimerstraße Nr. 25.